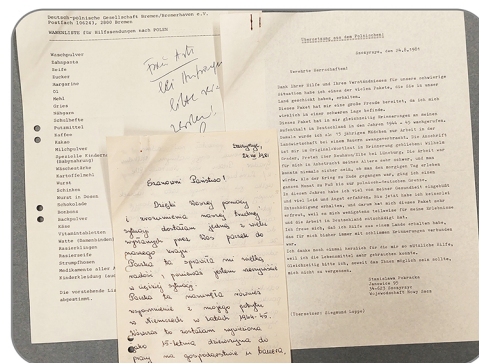
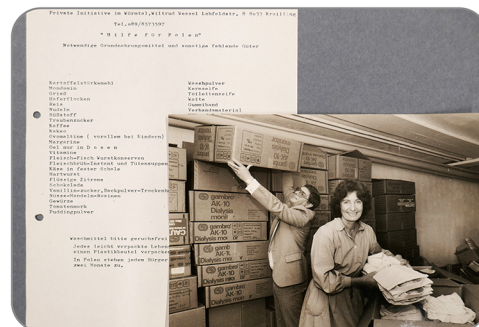


Lebensmittelversorgung unter Kriegsrecht und im Krieg



In Folge der Streikwellen 1980 entstand in Polen die Gewerkschaft und Massenbewegung „NSZZ Solidarność“ mit zehn Millionen Mitgliedern. Die Arbeiter*innen und Bäuer*innen protestierten u. a. gegen die verheerende Wirtschaftspolitik und die sich drastisch verschlechternde Lebensmittelversorgung. Bereits 1981 wurden Bezugsscheine für Zucker, Fleisch, Butter, Mehl, Reis und Grütze eingeführt. Nach der Verhängung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 gab es fast nichts mehr zu kaufen. Auch dagegen wurde protestiert. Im Untergrund, im „Zweiten Umlauf“, wurden Fotos der Protestaktionen verbreitet: „Was geben wir dem Kind zu essen – die Marken?“ [siehe Foto links]

Die Bilder aus Polen erzeugten eine Welle der Solidarität mit „Solidarność“. In der Bundesrepublik setzte eine spontane Bewegung der karitativen Hilfe, genannt „Polenhilfe“, ein. Millionen Lebensmittelpakete wurden an bedürftige, meistens unbekannte polnische Familien verschickt. An der Organisation der Spendensammlung und des Transportes beteiligten sich deutsch-polnische Vereine wie die Bremer Deutsch-Polnische Gesellschaft sowie Privatpersonen. Wiltrud Wessel [siehe Foto rechts oben], wohnhaft bei München, schickte mehr als 200 LKWs mit Hilfsgütern nach Polen. In unzähligen Dankesbriefen erinnerten die Empfänger*innen solcher Pakete auch an das polnische Leiden im Zweiten Weltkrieg [siehe Foto rechts unten]. Die deutsche Hilfe wurde oft als Zeichen der Wiedergutmachung gedeutet und als solche angenommen.



Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine seit dem 24. Februar 2022:

Ein Armee-Rationspaket für ukrainische Soldaten, in dem alle Lebensmittel für einen Tag zusammengestellt sind. Diese Ration enthält Weizenbrot, Knäckebrot, Fleischkonserven mit Reis oder Buchweizen, Wurst-Konserven, Honig, Instant-Kaffee, schwarzen Tee, Zucker, Hygienetücher, Papiertücher, insgesamt einen Brennwert von 4232,7 Kilokalorien.

Übergeben wurde es an das Archiv der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen im September 2023 von einem zivilen Unterstützer aus der Ukraine [siehe Foto links].